



Pressekonferenz des IKK e.V. „Arbeitgeber und Versicherte als Zahlmeister der Nation: Wie kann der Abfluss von Beitragsmitteln aus der GKV gestoppt werden?“, 29. August 2024, Berlin

Statement Hans-Jürgen Müller Vorstandsvorsitzender des IKK e.V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Dauerbrenner „Finanzierung des Gesundheitswesens“ – wir brauchen dringend politische Entscheidungen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Resümee nach drei Jahren Ampelkoalition ist aus Sicht der für die Finanzen der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen verantwortlichen Verwaltungsräte verheerend: Die Kassen sind leer. Schon Ende 2023 hat sich gezeigt, dass die Annahmen des Schätzerkreises zu optimistisch waren. Der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz hätte um 0,2 Prozentpunkte höher ausfallen müssen. Auch das erste Quartal 2024 zeichnet sich durch eine unbegrenzte Ausgabenentwicklung aus. Dabei sind die noch benötigten Milliardenpakete für die von Minister Lauterbach angekündigten Reformvorhaben, insbesondere im Krankenhaussektor, noch gar nicht eingerechnet. Versprochen werden immer wieder Strukturreformen und Entlastungen, aber was wir sehen, sind Mehrausgaben! Im aktuellen Jahresbericht des Bundesamts für Soziale Sicherheit warnt der Präsident, dass die Entwicklung der GKV-Finanzen noch ungünstiger sei als bisher angenommen. Der GKV-Spitzenverband geht für die GKV bereits von min. 0,5 Zusatzbeitragssatzpunkten aus – wohlgernekt weiterhin ohne dass die kommenden teuren Gesetze eingerechnet wären.

Bundesgesundheitsminister Lauterbach will das Gesundheitssystem entökonomisieren, pumpt aber letztlich mit seinen Gesetzen immer mehr Geld ins System, obwohl Deutschland bereits einer der teuersten Gesundheitssysteme der Welt hat. Dabei ist ein ökonomischer Umgang mit Beitragsgeldern wichtig und wünschenswert.

Immer mehr Krankenkassen müssen unterjährig ihre Zusatzbeiträge anheben müssen. Das ist bitter, aber verwundert nicht, denn nach den wiederholten Eingriffen in die Rücklagen der Krankenkassen liegen zudem die Finanzreserven der Kassen nur noch knapp über der Mindestreserve von 20 % einer Monatsausgabe. In diesem Jahr mussten schon 21 Krankenkassen ihre Beiträge anpassen. Weitere Kassen werden mit sehr großer Sicherheit folgen. Die Ampel markiert damit einen traurigen Rekord: Noch nie sind die Beiträge für die GKV in einer Legislaturperiode so stark angestiegen wie unter der derzeitigen Regierung. Beitragssatzsteigerungen scheint das Einzige zu sein, worauf sich diese Regierung einigen kann.

Die im Koalitionsvertrag angekündigten und schon lange überfälligen Maßnahmen, wie die Dynamisierung des Bundeszuschusses für versicherungsfremde Leistungen oder die Erhöhung des Beitrags für Bürgergeld-Empfangende, werden in dieser Legislatur absehbar nicht mehr umgesetzt. Dies kann man im aktuellen Haushaltsentwurf der Ampel nachlesen. Das



GKV-Finanzstabilisierungsgesetz sowie die Eckpunkte des BMG für eine nachhaltige Finanzierung haben keinen grundsätzlichen Fortschritt gebracht. Im Grunde wurde das Problem vage auf „wirtschaftlich bessere Zeiten“ vertagt. Verloren gegangene Steuerungsinstrumente wie Krankenhausabrechnungsprüfungen oder Budgetierungen binden aus Versorgungssicht unsere Hände und leeren die Haushalte der Kassen einnahmeseitig weiter. Dazu wird sicherlich Prof. Dr. Jörg Loth, Vorstandsvorsitzender der IKK Südwest, auch noch einiges sagen.

Ich bin frustriert, dass wir Innungskrankenkassen schon vor zwei Jahren alternative Lösungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Finanzierung – sowohl für die Ausgaben als auch insbesondere für die Einnahmen der GKV – vorgelegt haben. Gerade die Einnahmenseite ließe sich mit verschiedenen Maßnahmen verbreitern. Aber die Politik hat davon nichts aufgegriffen. Unsere Positionspapiere zur einnahmen- und ausgabenseitigen Finanzierungs-lösungen finden Sie auf unserer Webseite bzw. für die Kolleginnen und Kollegen hier vor Ort in den Pressemappen.

Zwei der Maßnahmen, mit denen die Einnahmenseite gestärkt und der Beitragssatzdruck deutlich verringert werden könnte, halte ich für eine Debatte besonders lohnenswert und möchte sie deshalb erwähnen: Zum einen die Abkehr vom alleinigen Lohnkostenmodell. Sowohl die Digital- als auch die Plattformökonomie unterhöheln die bisherige Finanzierungsgrundlage der Sozialversicherungssysteme. Hier bedarf es einer angemessenen Beteiligung an der Finanzierung.

Zum anderen die Verbreiterung der Einnahmehasis der GKV durch eine Beteiligung der GKV an gesundheits- bzw. umweltbezogenen Lenkungssteuern, wie Tabak-, Alkohol- oder einer schon einmal diskutierten Cannabis- oder Zuckersteuer. Es kann doch nicht sein, dass die Politik uns zwar in der Verantwortung sieht, Präventionsangebote zu verstärken, gleichzeitig aber Einnahmen aus den genannten Steuern nicht für die Prävention und Behandlung weitergibt. Diese Maßnahme würden im Übrigen auch die Versicherten befürworten. Unsere aktuelle Forsa-Umfrage hat ergeben, dass die meisten Befragten (80 Prozent) es begrüßen würden, wenn sogenannte Genusssteuern zur Finanzierung der GKV herangezogen würden. Zuletzt hat der Staat durch Tabak- und Alkoholsteuer jährlich über 17 Milliarden Euro vereinnahmt! Dadurch wäre eine spürbare Beitragssatzsenkung möglich.

Besonders schmerzt es, wenn in der Öffentlichkeit immer wieder suggeriert wird, dass die angeblich zu hohe Zahl von Krankenkassen oder überbordende Verwaltungskosten und kostenintensive Werbekampagnen Schuld an der Finanzmisere wären. Ein Blick auf die Zahlen lehrt hier anderes: Der Anteil der Verwaltungskosten ist im vergangenen Jahr um 3,75 Prozent gesunken und liegt momentan kassenartenübergreifend bei 4,12 Prozent. Die GKV gibt über 90 Prozent der Beitragseinnahmen für Versorgungsleistungen aus! Ein Fakt, der immer wieder ignoriert wird. Bei unserer Umfrage sind 43 Prozent davon ausgegangen, dass wir nur 50 – 70 Prozent der Beitragseinnahmen für Versorgungsleistungen ausgeben, 24 Prozent schätzen den Anteil sogar noch geringer!

Es geht hier nicht nur um das Gesundheitswesen, vielmehr geht es um das Vertrauen in die Politik und die Handlungsfähigkeit des Staates. Doch damit steht es aktuell nicht zum Besten. Unsere Forsa-Umfrage bestätigt einen Negativ-Trend: Nur 39 Prozent der Befragten sind zufrieden mit der Gesundheitspolitik der Bundesregierung, im vergangenen Jahr waren es noch 41 Prozent. Hier zeigt sich im Kleinen, was vermutlich auch für die große politische



Bühne gilt: Das Vertrauen in die Politik schwindet. Dabei wäre gerade jetzt angesichts des Rechtsrucks und mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen die Stärkung von Vertrauen in Politik und Demokratie so notwendig!

Kontakt und Information:

Iris Kampf
Pressesprecherin des IKK e.V.
Tel.: +49 30 202491-32
Mobil: +49 170 9109103
E-Mail: iris.kampf@ikkev.de
www.ikkev.de